

Denkpause



⊕ Biodigitale Gesellschaft S. 2 ⊕ Greencard oder Abschiebeknast S. 3 ⊕ Grüne gegen Schleuser S. 5
⊕ Lufthansa schiebt ab S. 5 ⊕ Nationalelitäres Europa S. 6 ⊕ Gesetze gegen Viren? S. 6 ⊕ Termine S. 6

05.00
29.05.00
Nr. 7

Schlimmer als die Atomtechnologie

Biodigitale Gesellschaft

Nachdem die horizontale Ausdehnung des freien Marktes vollendet ist, geht das Macht- und Geldstreben



in die Tiefe der genetischen Substanz des Menschen. Weitgehend unbeachtet bleibt in der Öffentlichkeit, welche Folgen die Verknüpfung von Bio- und Informationstechnologie haben: Alles Lebendige wird digitalisiert, was digital ist, wird verlebendigt. Dabei ist es wenig hilfreich, allein die Patentierung anzugreifen.

[>>> Seiten 2+3]

Ihre Nützlichkeit entscheidet:

Green Card oder Abschiebeknast?

Die einen werden von der deutschen Industrie gerufen, um die Computerbranche in Schwung zu bringen. Wer ohne Einladung kommt, wird in Abschiebeknäste gesteckt oder illegalisiert. MigrantInnen werden zunehmend nach ihrem vermeintlichen Nutzen für den Standort Deutschland sortiert: Nützlich die einen, Zumutung die anderen. Auch die EU definiert schutzsuchende Menschen jetzt offiziell als »Lasten«.

[>>> Seiten 3+4]

Grüne gegen Schleuser

[>>> Seite 5]

Nationalelitäres Europa

[>>> Seite 6]

Lieber LeserIn,



in NRW wird die Frage, zu welcher sozialdemokratisch-liberalen Koalition es diesmal kommen wird, bei Erscheinen dieser »Denk-

pause« entschieden sein. In Berlin wird der Wettbewerb um den kuscheligsten Koalitionspartner in den nächsten beiden Jahren noch fortgesetzt. Wer sicherstellen will, daß Deutschland weiterhin Kriege führen und gewinnen kann, sollte 2002 unbedingt die Grünen unterstützen. Das Verteidigungskonzept der Bundstagsfraktion bringt nach einer Studie von Professor Reiner Huber von der Bundeswehruni München die qualitativ beste und einsatzfähigste Truppe hervor. Am letzten Dienstag wurde von regierungsoffizieller Seite feierlich das »Bündnis für Demokratie und Toleranz – Gegen Extremismus und Gewalt« gegründet und gefeiert. Grundsatz des Bündnis sollte nach der Vorstellung der Bundesregierung sein (Grammatik im Original): »Unser Staat und unsere Gesellschaft, jeder einzelne sind nicht bereit, undemokratisches, intolerantes, extremistisches und fremdenfeindliches Verhalten hinzunehmen, zu dulden oder gar zu entschuldigen.« Otto Schily durfte trotzdem an der Zeremonie teilnehmen.

Ihre Ilka Schröder



Schlimmer als die Atomtechnologie

Biodigitale Gesellschaft

Nachdem die horizontale Ausdehnung des freien Marktes vollendet ist, geht das Macht- und Geldstreben in die Tiefe der genetischen Substanz des Menschen. Weitgehend unbeachtet bleibt in der Öffentlichkeit, welche Folgen die Verknüpfung von Bio- und Informationstechnologie haben: Alles Lebendige wird digitalisiert, was digital ist, wird verlebendigt. Dabei ist es wenig hilfreich, allein die Patentierung anzugreifen.

The Human Genome Organisation:
www.gene.ucl.ac.uk/hugo/

Greenpeace:
www.greenpeace.de/GP_SYSTEM/11U1E5CD.HTM

Mit Kapital- und Überwachungsinteressen, sowie genetischer Diskriminierung befaßt sich ein sehr empfehlenswerter Artikel von Andreas Hechler im Online-Magazin »Ornament & Verbrechen«: www.ornament-und-verbrechen.de/neoliberalismus0400.html

Vor Jahren waren es Kamerabilder auf Demonstrationen oder Fragebögen einer Volkszählung, die große Menschenmengen mobilisierten. Heute schweigt die Öffentlichkeit fast gänzlich, obwohl sich durch den bio- und informationstechnologischen Fortschritt die Überwachungs-Bedrohungen potenziert haben.

Die Gefahren der »friedlichen Nutzung« der Atomenergie wurden bei deren Erforschung nur von wenigen erkannt. Der Atom-Lobby gelang es durch eine Lügenkampagne (»Stromzähler werden abgeschafft, weil das Ablesen teurer als der Verbrauch ist«), den Widerstand stark zu verzögern. Nach der Brüsseler EXPO von 1958, deren Wahrzeichen ein Atommodell war, dauerte es noch fast 20 Jahre bis zu den ersten Massendemonstrationen gegen das Atomprogramm. Ein Ausstieg aus der

Nutzung der Atomenergie ist zwar – einen politischen Willen vorausgesetzt – möglich, das Wissen um die Todestechnologie und strahlender Atom Müll wird aber auf Dauer vorhanden bleiben. Das Gleiche in grün erleben wir heute erneut: Auf der EXPO 2000 in Hannover wird den Menschen der biodigitale Kapitalismus schmackhaft gemacht. Die gesamte Biosphäre – inklusive des menschlichen Individuums – wird unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Verwertbarkeit seiner genetischen Substanz ent-»eignet« und entweder privat patentiert oder der globalen kapitalistischen Konkurrenz als Allgemeingut zum Fraß vorgeworfen. Leben wird in atemberaubender Geschwindigkeit zum Rohstoff-Warenlager mit genau definierten Eigentumsrechten zurechtgebogen. So wie es bei Durchsetzung des Atomprogramms für Linksliberale schick

war, gegen die militärische Nutzung einzutreten, sprechen sich VertreterInnen der »Neuen Mitte« und Linksliberale heute gegen die Patentierung der Geninformationen aus.

Grundlage des neuen biodigitalen Kapitalismus sind zwei Geschwister aus dem neoliberalen Theorie-Baukasten: 1. Patentierbare geistige Eigentumsrechte und 2. das Menschheitserbe. In der aktuellen Diskussion erscheinen sie wie zwei fundamentale Gegensätze. Craig Venter, der mit seiner Firma Celera am Genom forscht, vertritt das Konzept vom Leben als patentierbare Erfindung.

Das »Human-Genome-Project« (HUGO), Clinton und Blair sowie die Kampagne »Kein Patent auf Leben« vertreten dagegen die Ansicht das Leben sei ein vor Besitzansprüchen zu schützendes Menschheitserbe. Damit variieren

sie das alte nationalliberale Konzept des »Allgemeingutes«. In der liberalen wie neoliberalen Vorstellungswelt ist »Allgemeingut« eine unentbehrliche Quelle für Eigentumsrechte. Die Zugehörigkeit zum Allgemeingut bestimmt, was zur Ressource wird – und damit auch als Rohstoff gelten kann. Der Wirtschafts- und Warenwert einer Idee oder Formel, eines Musikstücks, Baumes, Organs, Gens oder Gehirnstroms beginnt nicht erst mit dem Marktwert an der Börse. Nicht erst Patentierung oder Urheberrechtsschutz leiten die Kommerzialisierung ein – schon die gedankliche Zuordnung zum Allgemeingut macht sie zum Rohstofflager.

Auch Greenpeace steht für das Konzept »Allgemeingut«: »Moralisch brisanter ist es aber, daß letztlich eine kleine Zahl von Gentech-Konzernen darüber entscheidet... Sie allein bestimmen, ob Lizenzen an Forscher oder Konkurrenten vergeben werden – und zu welchem Preis.« Nicht mehr diskutiert wird hier die Frage, ob biotechnologische Methoden gewollt, nützlich, in ihren Folgen abschätzbar und ethisch zu vertreten sind.

Die Zerlegung, Bestimmung, Isolierung und Veränderung der Geninformationen für ihre Verwertung erfolgt mit Hilfe der biologisierten Informationstechnologie. Auf Datenbanken geladen, sind sie dort per Mausklick verfügbar und verwertbar. Für die innere Sicherheit ist der genetische Fingerabdruck eine beliebte Ermittlungshilfe. Das Amtsgericht Braunschweig ordnete schon 1981 eine DNS-Analyse an – Begründung: »antifaschistisch aktiv«.

TechnikfanatikerInnen, die sich der Bewegung des »Transhumanismus« zugehörig fühlen, träumen bereits von der serienmäßigen PC-Schnittstelle am Kopf des Menschen. Am Georgia Institut of Technology, USA, arbeitet man fieberhaft am »Leben aus dem Baukasten«. Ziel ist es, lebende Nervenzellen mit Siliziumschaltkreisen zu verbinden. Mit diesem Versuch konnte eine gehirnähnliche Funktion simuliert werden. Die Technologie, die für die Verbindung zwischen den Nervenzellen und dem PC zuständig ist, nennt sich »Wetware«. In diesem Jahr ist es erstmals gelungen, eine Verbindung zwischen menschlichen Zellen und Computerschaltkreisen herzustellen. Der Prototyp eines »Digital Angel« soll im Herbst vorgestellt werden. Das digitale Implantat ist eine Datenübermittlungseinheit. Per Satellit ist die TrägerIn jederzeit lokalisierbar. ●

Ihre Nützlichkeit entscheidet: Green Card oder Abschiebeknast?

Die einen werden von der deutschen Industrie gerufen, um die Computerbranche in Schwung zu bringen. Wer ohne Einladung kommt, wird in Abschiebeknäste gesteckt oder illegalisiert. MigrantInnen werden zunehmend nach ihrem vermeintlichen Nutzen für den Standort Deutschland sortiert: Nützlich die einen, Zumutung die anderen. Auch die EU definiert schutzsuchende Menschen jetzt offiziell als »Lasten«.

Die »ethnischen Säuberungen« auf dem Balkan fänden in der deutschen Abschiebep Praxis »auf legale Weise ihre Entsprechung«. Mit diesen Worten löste der Nobelpreisträger Günter Grass im vergangenen Jahr einen Sturm der Entrüstung aus. Von PolitikerInnen fast aller Parteien wurde er gescholten. Bundesinnenminister Otto Schily, der heute neue Helme und Fesseln für Abschiebehäftlinge testen läßt, nannte Grass' Äußerung »grotesken Unsinn«. In den Augen vieler ist der Begriff »ethnische Säuberung« im Brustton der Empörung auf die Ereignisse im Kosovo anzuwenden, nicht jedoch auf das zivilisierte Westeuropa und seine Innenpolitik.

Dabei hat Grass lediglich offen ausgesprochen, was täglich in der Bundesrepublik passiert. Allein in Berlin sitzen

zur Zeit etwa 700 Menschen in Abschiebungshaft. 33.000 »AusländerInnen« wurden 1999 aus der Bundesrepublik per Flugzeug abgeschoben. Im Gegenzug sollen 20.000 Menschen ab August per »Green Card« in die Bundesrepublik geholt werden. Sie haben etwas, was die AbschiebungskandidatInnen nicht haben – sie sind ComputerspezialistInnen.

Obwohl keinerlei sachlicher Zusammenhang zwischen Green Card und Asylrecht besteht, stellt die gegenwärtige Politik einen her. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat nichts gegen die Green Card-Politik von Rot-Grün. Aber er fordert im gleichen Atemzug die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, welches einen »unkontrollierten Zustrom von Armutsflüchtlingen« produziere.

Für die Abschaffung des Rest-Asylrechts legte sich letztes Jahr auch der Bundesinnenminister ins Zeug. Die Zielrichtung ist offenkundig: Es gibt heute nützliche MigrantInnen – die

Europäischer Flüchtlingsfonds: Im EU-Haushalt des Jahres 2000 wurden die gemeinschaftlichen Mittel für die Flüchtlingspolitik erstmals in einer Haushaltslinie zusammengefaßt. Davor waren sie in drei Haushaltslinien gesplittet: Aufnahme von Flüchtlingen, Integration sowie »freiwillige Rückführung«. Jetzt werden alle Ziele aus einem Fonds finanziert. Er soll eine Laufzeit von fünf Jahren haben und ist mit 26 Millionen Euro ausgestattet. Laut taz (08.05.2000) läßt sich allein das Land Berlin seine Abschiebungsmaschinerie pro Jahr mehr als das Doppelte kosten.

Green Card: Nach dem Willen der Bundesregierung sollen 10.000 bis 20.000 Computer-SpezialistInnen aus dem Ausland für zunächst fünf Jahre in die Bundesrepublik einreisen dürfen. Interessierte müssen einen Hochschulabschluß vorweisen können oder mindestens 100.000 DM verdienen. Familienmitglieder sollen mitziehen dürfen. Mit ihrem Green Card-Vorschlag liefert die Bundesregierung, was die deutsche IT-Industrie bestellt hat.



nämlich, die angeworben werden, um dem Industriestandort Deutschland mit ihrer preiswerten Arbeitskraft zu dienen. Bei Bedarf werden sie geheuert. Wenn die Branche sie nicht mehr braucht, werden sie wieder gefeuert. Daneben gibt es als »unnützig« stigmatisierte Menschen. Das sind diejenigen, die vor Kriegen, politischer Verfolgung oder aus wirtschaftlicher Not fliehen und nach Europa kommen. Sie werden nicht mit Arbeitsverträgen, sondern mit Arbeitsverboten empfangen. Die ihnen gewährten Sozialleistungen unterschreiten das garantierte Existenzminimum. 80,- DM monatlich plus Lebensmittelgutscheine müssen zum Überleben ausreichen.

Die neoliberale Migrationspolitik, für die die Green Card beispielhaft ist, stellt Flüchtlinge als Belastung dar, die es zu vermeiden gilt. Sie sollen daher »abgeschreckt« werden. Als Anfang Mai die algerische Asylsuchende Naimah H. am Frankfurter Flughafen nach monatelanger Haft Suizid begang, fiel Bundesinnenminister Otto Schily nur ein, daß das Flughafen-Asylverfahren nun mal »zur Abschreckung« nötig sei. Schily kümmert es nicht, daß seine Partei im Dezember 1999 beschlossen hat, »den § 18 Asylverfahrensgesetz ('Flughafenverfahren') außer Kraft zu setzen«. Kohl und Kanther waren es, die dieses und andere Instrumente der Abschreckung und Abschottung einführen – unter rot-grün bestehen sie fort. Die Situation der Flüchtlinge im Frankfurter Flughafenverfahren hat sich laut PRO ASYL sogar noch verschlimmert. Einigen Bundestagsabgeordneten und der Ausländerbeauftragten der Regierung gelingt es nur manchmal und nur mühevoll, die schlimmsten Tatbestände der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik zu kaschieren. Als sich Naimah H. am Flughafen Rhein-Main erhängt hatte, forderte die grüne Parteisprecherin Antje Radcke, das sogenannte Flughafenverfahren zu verkürzen – eine merkwürdige Logik. Wenn Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Deutschland in den Knast gesteckt werden, ist das Unrecht. Egal, ob sie 30 Tage oder zwei Monate einsitzen müssen. Ein System, das menschenrechtswidrig ist, wird durch Verkürzung nicht besser.

Nicht nur Asyl- und Flüchtlingsorganisationen, auch die Kirchen und Wohlfahrtsverbände in der Bundesrepublik machen keinen Hehl daraus, daß sie von der Migrationspolitik der neugewählten Bundesregierung – nicht nur in

[MigrantInnen] Ilka Schröder fordert:

- **Sofortige Abschaffung des Flughafenverfahrens und der Abschiebeknäste**
- **Aufhebung aller Arbeitsverbote für Flüchtlinge**
- **Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl**
- **Flüchtlinge aufnehmen, statt Lasten verteilen**
- **Grenzen öffnen und illegalisierte Flüchtlinge legalisieren**

Bezug auf das Flughafenverfahren – enttäuscht sind. Die EU will seit Amsterdamer Vertrag in der Asylpolitik »zuständiger« werden. So sollen etwa die einzelnen nationalstaatlichen Asylpolitiken vergemeinschaftet, also vereinheitlicht werden.

Das Europäische Parlament stimmte im April der Schaffung eines »europäischen Flüchtlingsfonds« zu. Der wohlklingende Begriff suggeriert Hilfe für ausgegrenzte und notleidende Menschen. In Wahrheit jedoch ist er ein alter Hut. EU-Mittel für Maßnahmen der Flüchtlingspolitik gab es schon früher, aber sie waren auf drei getrennte Haushaltslinien verteilt. Diese werden nun zusammengefaßt und ein wenig aufgestockt. Fertig ist der Flüchtlingsfonds, der in der Öffentlichkeit nun als Symbol einer angeblich menschenfreundlichen EU-Asylpolitik erhalten soll. Wie jedoch die Parlamentsdebatte gezeigt hat, ging es gar nicht um Menschen, sondern um »Lasten«. Antonio Vitorino, EU-Kommissar für Innen- und Rechtspolitik, erklärte »eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten« zum Hauptziel des Fonds. Dahinter steckt die Idee, daß diejenigen EU-Staaten, in die aufgrund ihrer geographischen Lage oder günstiger Flugverbindungen vergleichsweise viele Flüchtlinge einwandern, für diese »Last« mit Mitteln aus dem Fonds entschädigt werden sollen. Damit sei der Flüchtlingsfonds ein »Instrument zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ungleichbehandlung«.

Aber kann Fremdenfeindlichkeit bekämpft werden, wenn man ihre Opfer zu »Lasten« degradiert? Der Flüchtlingsfonds fand im Europaparlament eine überwältigende Mehrheit. Nur eine handvoll Abgeordnete kritisierten in Stimmerklärungen die »Alibi-Funktion« des Fonds und brandmarkten die Ab-

schoitungspolitik der Festung Europa, an der der neue Fonds nicht das geringste ändere. Damit war der Tagesordnungspunkt Flüchtlinge erledigt. Seitdem sind Flüchtlinge »Lasten«, die »gerecht verteilt« werden sollen. ◉

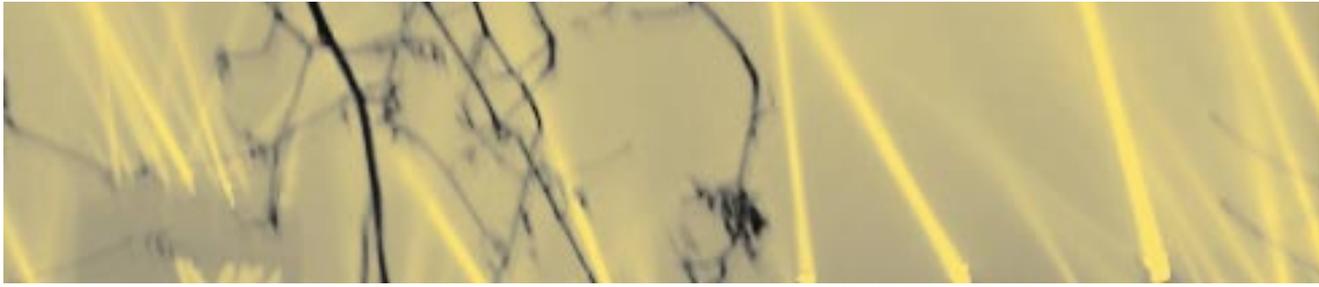
Weitere Beiträge zur Festung Europa/Flüchtlingspolitik: www.ilka.org/themen/weitere.html#festeu
 PRO ASYL e.V.: www.proasyl.de
 Landesarbeitsgemeinschaft ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Berliner Grünen: www.gruene-berlin.de/immi
 Widerstand gegen die herrschende Asyl- und Flüchtlingspolitik: www.contrast.org/borders

Flughafenverfahren: Das sogenannte Flughafenverfahren (§ 18 Asylverfahrensgesetz) ist ein Sonder-Schnellverfahren, dem Asylsuchende unterzogen werden, die über internationale Flughäfen in die Bundesrepublik einreisen. Die Prüfung der Asylanträge wird vom Bundesgrenzschutz und dem »Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge« direkt am Flughafen vollzogen. Sie erfolgt unter größerem Zeitdruck und in der Regel fehlerhafter als im Rahmen des regulären Antragsprüfungsverfahrens. Auch Klagefristen gegen negative Entscheidungen sind wesentlich kürzer. Während der Laufzeit des Verfahrens werden die Asylsuchenden im Transitbereich des Flughafens untergebracht. Sie können leichter abgeschoben bzw. zurückgeschickt werden, weil sie wegen der Unterbringung in der Transitzone als nicht in die BRD eingereist gelten.



◉ 01.07.2000, Berlin / »Shut down the Deportation Airport«. Blockade des Abschiebungs-Flughafens Berlin-Schönefeld





Grüne gegen Schleuser

Der Vorschlag, die Schleuser-Branche an der EU-Ostgrenze zu subventionieren (DENKPAUSE Nr. 6), hat kurz vor Ostern für Aufregung gesorgt.

Für die BERLINER MORGENPOST (20.4.00) fing der Journalist Markus Günther die Stellungnahme der GRÜNEN-Bundesvorstandssprecherin Antje Radcke ein. »Dümmlich und kontraproduktiv« findet sie die Schleuser-Forderungen. Dazu liefert sie aber weder eine Argumentation, noch die logische Zuspitzung ihrer Aussage. In Bezug auf diejenigen Flüchtlinge, die sich keine Fluchthelfer leisten können, müßte Radckes Konsequenz heißen: »Ausländer raus« oder – im Neue-Mitte-Reimstil – »Parolen statt Polen«. Aus dem an Politikfähigkeit schwer zu übertreffenden Bundesvorstand verlautete außerdem, ich sei »ein Kind, das nichts von praktischer Politik versteht«.

Heide Rühle, Europaabgeordnete der Grünen, distanziert sich mit den Worten »Hier wird höchstens deutlich, daß es Ilka Schröder an Augenmaß und politischer Erfahrung mangelt«. Da sie für die Haushaltspolitik zuständig ist, sind die Realisierungschancen eines Fluchthilfe-Fördertopfes gering.

Heinz-Ludwig Noellenburg, Teilnehmer an den Debatten des Netzwerkes »BASISGRÜN«, meint: »Über diesen Unsinn läßt sich nicht ernsthaft diskutieren. Der muß in den Mülleimer. Das müßt Ihr klarstellen«. Basisgrün-SprecherInnenratmitglied Karl-W. Koch antwortet mit einem Fehlschluß: »Wer Ilka nicht näher kennt, hat mit ihrer manchmal extrem sarkastischen Art, Sachverhalte auf den Punkt zu bringen, Probleme. Probleme insofern, daß ihre ironisch gemeinten Darstellungen oftmals voll auf der ernstgemeinten Linie anderer Politiker liegen.« Der innenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Wolfgang Zeitlmann, übt im BAYERNKURIER »heftige Kritik«. Mein Vorhaben »verschlage einem die Sprache«, schreibt er, bevor er ungewollt eine Er-

folgsbilanz der FluchthelferInnen zieht: »Schleuser sind organisierte Kriminelle. Sie nutzen modernste Kommunikationsmittel, besorgen Unterkünfte für Zwischenaufenthalte und betreiben Werbung im großen Stil ... (um) Menschen nach Europa zu bringen. Allein im letzten Jahr nachweislich 11.101 ausländische Staatsangehörige!«

Viele Rückmeldungen beziehen sich auf die »skrupellose Ausnutzung« von Flüchtlingen durch »Menschenhändler«. Der Beitrag der rot-grünen Bundesregierung zum tödlichen Ausbau der Grenzen wurde nur in wenigen Rückmeldungen aus den Reihen der Partei reflektiert. Einen Gegenvorschlag, wie die deutsche Flüchtlingspolitik ohne die Förderung von Schleu-

serInnen humaner gestaltet werden kann, fehlte völlig. Anonyme Beschimpfungen (»Dreckspack, Unkraut, gehört ausgepeitscht«) rundeten die Rückmeldungen ab. Rückenwind für eine Subventionierung der SchleuserInnen kam aus antirassistischen Initiativen und Organisationen sowie von Personen, die selbst – mit Hilfe von FluchthelferInnen – die Grenze DDR-BRD überwunden haben.

Für die meisten heutigen regierungselitären wie basisnahen GRÜNEN, die damals noch in Gruppen wie »Revolutionärer Kampf«, DKP, KBW etc. aktiv waren, waren diese »Republikflüchtigen« damals ebenso unerwünscht, wie jetzt die Flüchtlinge an der Ostgrenze. ●

Termin-Tip:
9.–12.06.00 »Keine Festung steht für immer«, siehe Terminkasten S. 6

Lufthansa schiebt ab

Das bundesweite Netzwerk »kein mensch ist illegal« will mit der Kampagne »Deportation Class – gegen das Geschäft mit Abschiebungen« den zwangsweisen Transport von Menschen verhindern. »Wir werden auf die Profiteure des schmutzigen Geschäfts Druck ausüben, indem wir die Öffentlichkeit informieren und die Passagiere und das Bordpersonal zum Eingreifen auffordern«, erklärte ein Aktivist die Kampagne. Die Aktion richtet sich zunächst vor allem gegen die Lufthansa, weil diese ihre Flugverbindungen in die ganze Welt für Abschiebungen zur Verfügung stellt und sich so zur willfährigen Handlangerin

der brutalen Abschiebep Praxis macht. Andere Fluglinien, wie z.B. die belgische Sabena, haben nach Todesfällen bei Abschiebungen in ihren Maschinen mit der Beförderung von »Déportés« aufgehört.

Wie wichtig der Lufthansa Grundrechte sind, zeigt sich auch an ihrem Verhalten in Sachen Pressefreiheit. Als die FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND aus einem internen Vorstandspapier der Flieger zitierte, drohte die Lufthansa mit der Aufkündigung der Kooperation und führte 10.000 Exemplare der Zeitung nicht ihren KundInnen, sondern dem Altpapier zu. ●

● www.deportation-alliance.com

Knete für Jugend

Nach langem Streit über die Höhe der Förderung hat das EP jetzt einem Kompromiß zugestimmt: Das »Programm Jugend« wird 2000 bis 2006 fortgesetzt. Es beinhaltet den Austausch von Jugendgruppen, den Eu-

ropäischen Freiwilligendienst und die Förderung von z.B. kulturellen oder antirassistischen Initiativen junger Menschen. Die Beantragung der Finanzen ist relativ einfach. ●

● www.ijab.de

Auf einen Blick:

Ilka Schröder MdEP
www.ilka.org
schroeder@ilka.org

Büro Berlin
Postfach 080417
10004 Berlin
Deutschland
Fon +49.30.2096 1340
Fax +49.30.2096 1356
berlin@ilka.org

Tilman Heller
heller@ilka.org

Büro Brüssel
Rue Wiertz ASP 8 G 253
1047 Bruxelles
Belgien
Fon +32.2.284.74 49
Fax +32.2.284.94 49
bruxelles@ilka.org

Andreas Gebhard
gebhard@ilka.org

Gesetze gegen Viren?

Wenn Parlamente über Informationstechnologien debattieren, kommt selten etwas Sinnvolles dabei heraus: Wie schon in der letzten Ausgabe der »DENKPAUSE« prognostiziert, bekam im Europäischen Parlament ein Antrag gegen die Anonymität im Internet eine große Mehrheit. Im Plenum gab es von den 626 Abgeordneten nur eine einzige (meine) Gegenstimme.

Im Deutschen Bundestag wurde am 11. Mai über die Haltung der Bundesregierung zur Erhöhung der Sicherheit im Internet vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem »I love you«-Virus debattiert: Da wurden Pakete mit Sofortmaßnahmen, Alarmsignalen, Firewalls und – auch von Grünen – die Verschärfung und Ausnutzung von Strafgesetzen eingefordert. Dabei müßte es jedem halbinformierten Internet-User bekannt sein, daß man von Microsoft-Programmen lieber die Finger

läßt, wenn die Daten auf dem Computer sicher sein sollen.

Die GesetzesverschärferInnen zielen leider nicht auf dumme Microsoft-BenutzerInnen oder den Hersteller selbst ab, sondern auf die Ausweitung der Schnüffel-Befugnisse von »Cyber-Cops«. ☉

Bestellungen, Abbestellungen und Adressänderungen bitte mitteilen an: abodatei@ilka.org

Termine

☉ 01.06.2000, Hannover / Aktionen
»Die EXPO wird nicht eröffnet«
(am Vortag anreisen!)
www.ilka.org/anti-expo,
www.expo-no.de,
www.anti-expo-ag.de

☉ 02.06.2000, Aachen / »Kein Preis für Krieg«, Bill Clinton will den Karlspreis haben

☉ 9. – 12.06.2000, Klein Bademeusel (bei Forst, Brandenburg, an der Grenze) / »Keine Festung steht für immer«, Antirassistisches Pfingstcamp gegen Abschottung in Europa,
www.jungdemokraten.de

☉ 17. – 18.06.2000, Bielefeld / »Gegen Arbeitszwang und Billigjobs – für ein existenzsicherndes Einkommen« Arbeitstagung von Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen

☉ 23. – 24.06.2000, Münster / Bundesparteitag der GRÜNEN,
www.gruene.de,
www.akw-nee.de

☉ 01.07.2000, Berlin / »Shut down the Deportation Airport«, Blockade des Abschiebungs-Flughafens Berlin-Schönefeld

☉ 14. – 16.07.2000, bei Berlin / »National befreite Zonen« und antifaschistische Gegenstrategien, Seminar, www.jungdemokraten.de

☉ 19.07.2000, Hannover / Aktionstag v. Flüchtlingen, MigrantInnen und AntirassistInnen zum »Tag d. Weltwanderung« auf der EXPO

☉ 22.07. – 06.08.2000, Schleswig-Holstein / Antinationales und linksradikales Sommercamp,
www.junge-linke.de

☉ 20.08.2000, Hannover und anderswo / Mexiko-Aktionstag

☉ 26. – 27.09.2000, Prag / IWF-Tagung

☉ 03.10.2000, Hannover und Dresden / Antinationaler Aktionstag

Nationalelitäres Europa

»Ein europäisches Parlament muß deswegen immer ein Doppeltes repräsentieren: ein Europa der Nationalstaaten und ein Europa der Bürger. Dies wird sich nur machen lassen, wenn dieses europäische Parlament die unterschiedlichen nationalen politischen Eliten und dann die unterschiedlichen nationalen Öffentlichkeiten tatsächlich zusammenführt.«

Diese Worten kommen nicht aus einem Papier der Fraktion »Europa der Nationen«, sondern aus dem Redemanuskript von Außenminister Joseph Fischer. Er verkündete am 12.05.2000 in der Berliner Humboldt-Universität seine Ideen von einem »Gravitationszentrum« der Avantgarde Europas.

Im TAGESSPIEGEL (18.5.2000) macht

Karl Lahmers, außenpolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, berechtigterweise seine Urheberschaft am Konzept »Kerneuropa« geltend. Lahmers hatte schon 1994 mit Wolfgang Schäuble ein Papier mit ähnlichen Vorstellungen verfaßt.

In der Fraktion der GRÜNEN im Europäischen Parlament wurden Fischers Vorschläge als »wenig vorwärtsweisend und inhaltsleer« bezeichnet. Die Abgeordnete Elisabeth Schroedter faßt die Diskussion zusammen: »Unisono wurden die konstitutionellen Vorschläge als Rückschritt und wenig hilfreich für die grünen Demokratisierungsbemühungen auf der europäischen Ebene beurteilt.« ☉

☉ http://www.auswaertiges-amt.de/4_europa/index.htm

»Grüner Strom«

Umweltverbände, die Grünen und inzwischen sogar Teile der Anti-Atom-Bewegung machen Kampagnen für den Umstieg auf »Grünen Strom« aus regenerativen Energiequellen. Meine Kritik daran ist im Netz abrufbar:

☉ <http://www.ilka.org/themen/atom1.html>

Expo-Protest

Infos und Links zur Mobilisierung gegen die EXPO-Eröffnung am 1. Juni 2000 gibt es unter ☉ www.ilka.org/antiexpo

Jobangebot

Für mein Büro in Brüssel suche ich eineN politischeN MitarbeiterIn. Die Ausschreibung befindet sich unter

☉ <http://www.ilka.org/stellen.html>